



Stadt Kamen

Niederschrift

WI

über die
2. Sitzung des Wirtschaftsausschusses
am Donnerstag, dem 15.09.2016
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 18:30 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Carsten Diete
Herr Hans-Dieter Heidenreich
Herr Daniel Heidler
Frau Renate Jung
Herr Klaus Kasperidus
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann
Herr Stefan Helmken

DIE LINKE / GAL

Herr Gunther Heuchel

FW/FDP

Frau Heike Schaumann

Verwaltung

Herr Hermann Hupe
Frau Ingelore Peppmeier
Frau Stefanie Stracke-Hösche
Herr Christoph Watolla

Gäste

Herr Baudrexl, GSW

Entschuldigt fehlten

Herr Peter Holtmann

Frau Nicola Zühlke

Der Vorsitzende, Herr **Fuhrmann** übergab die Sitzungsleitung aus gesundheitlichen Gründen an den stellvertretenden Vorsitzenden Herrn **Lipinski**.

Herr Lipinski begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter/Innen der Verwaltung, die Gäste und die Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	„Liberalisierung, Energiewende und Digitalisierung“- Stationen auf dem Weg in die Neue Welt der Energiewirtschaft am Beispiel der GSW Referent: Jochen Baudrexl, Vorsitzender der Geschäftsführung	
3	Sachstandsbericht der Verwaltung zur Winterwelt 2016	
4	Verlegung von Leerrohren in Verbindung mit Kanalmaßnahmen hier: Antrag der CDU-Fraktion	
5	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Bericht über Grundstücksangelegenheiten gem. § 16 Abs. 3 a der Hauptsatzung	
2	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
3	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Einwohnerfragen gestellt.

Zu TOP 2.

„Liberalisierung, Energiewende und Digitalisierung“- Stationen auf dem Weg in die Neue Welt der Energiewirtschaft am Beispiel der GSW
Referent: Jochen Baudrexl, Vorsitzender der Geschäftsführung

Der Vorsitzende der Geschäftsführung der GSW, Herr **Baudrexl**, berichtete über die Stationen auf dem Weg in die Neue Welt der Energiewirtschaft am Beispiel der GSW.

Er stellte fest, dass die Gründung der GSW ein Leuchtturmprojekt einer erfolgreichen (Re-)Kommunalisierung und interkommunalen Zusammenarbeit gewesen sei. Hierbei habe man eine weitsichtige, stabile Basis geschaffen, um in der Zukunft zu bestehen.

Unternehmensentwicklung:

Zunächst sei ein auf die Größe des Versorgungsgebietes ausgerichtetes Unternehmen aufgebaut worden.

Die Verhandlung zu Netzübernahmen (Gas, Strom) gestalteten sich schwierig und auch bei der Personalentwicklung sei man vorsichtig vorgegangen. Gerade im Hinblick auf die Drohkulisse der Liberalisierung und des prognostizierten „Stadtwerkesterben“.

Von Vorteil sei die Kostenstruktur im Verhältnis zu tradierten Stadtwerken gewesen, die im Monopol „Fett“ angesetzt haben.

Durch Netzkäufe sei es zu einem hohen Fremdkapitalbedarf gekommen, welcher zu einer hohen Zinslast und Afa sowie einer geringen Eigenkapitalquote (15 %) geführt habe.

Konsortialrecht:

Unterschiedliche konsortialrechtliche Regelungen haben zu einer gemeinschaftlichen Bäderfinanzierung, der Festlegung einer Eigenkapitalquote von 33 %, sowie auf den Verzicht von Gewinnausschüttungen zur Stärkung des EK geführt.

Er stellte die Kennzahlen des Jahresabschluss 2015 wie folgt dar:

Aktuelle Eigenkapitalquote: 30 %

Verbindlichkeiten: 64,1 Mio. Euro gegenüber 2014: 69,2 Mio. (Sondertilgungen)

Eigenkapital: 46,0 Mio

Bilanzsumme: 151, 5 Mio. und Umsatz: 147, 2 Mio.

Afa: 9,4 Mio.

Personalkosten: 12,7 Mio.

185 Mitarbeiter

2015: 9 Auszubildende, in der Spitze bis zu 16

(Industriekaufleute, Anlagenmechaniker, Elektroniker für Betriebstechnik und Fachangestellte für Bäderbetriebe)

Liberalisierung:

Die Liberalisierung, so Herr Baudrexel weiter, sei durch das Energiewirtschaftsgesetz im Jahre 1998 umgesetzt worden. Wesentliches Ziel sei gewesen, dass jeder seinen Stromlieferanten frei wählen könne. Ferner könne jeder Stromanbieter unabhängig von seinem Standort seine Leistungen anbieten.

Die Entwicklung sei holprig verlaufen. Es fehlten die richtigen Instrumente dafür, dass jeder Anbieter auch einen diskriminierungsfreien Zugang zum Versorgungsnetz bekam.

2001 hatten nicht mehr als 10 Anbieter gemeinsam einen Anteil von 80 %.

Novellierungen des EnWG:

Durch die 1. Novellierung EnWG in 2005 sei mehr Wirkung entstanden. Erste Instrumente, Prozesse und rechtliche Regelungen seien sukzessive geschaffen worden, um den Netzzugang zu ermöglichen und effektive, standardisierte Wechselprozesse zu modellieren.

Die nachfolgend aufgeführten Punkte waren die zentralen Inhalte der 2. Novellierung des EnWG in 2012:

- diskriminierungsfreier Zugang zu Netzen gegen ein Netznutzungsentgelt
- Entflechtung von Verteiler- und Transportnetzen, d.h. die Trennung zwischen dem Netzbereich und den sonstigen Unternehmensbereichen, wie z.B. Energieerzeugung (informatorisch, buchhalterisch, gesellschaftsrechtlich und personell)
- Bestimmung der Bundesnetzagentur als nationale Regulierungsbehörde
- Stromkennzeichnung für Endverbraucher, die den Strommix offenlegt
- Genehmigungsverfahren für Netznutzungsentgelte
- Liberalisierung des Messwesens
- Smart Metering (Einrichtung intelligenter Zähler)
- Informations- und Hinweispflichten gegenüber Letztverbrauchern
- Schlichtungsstelle Energie

Herr Baudrexel betonte, dass die Schaffung von Markttrollen und Prozessen, die völliges Neuland waren, die Energieversorger intern vor große organisatorische, personelle und kostenintensive Herausforderungen gestellt haben. Dies sei zum Teil noch heute so. Nicht zuletzt durch den enormen Anstieg der IT-Kosten und durch die Einführung von IT-gestützten Verfahren, die auch die Systemhäuser überfordert haben.

Kooperationen:

Die GSW habe immer den Weg gemeinsamer Kooperationen gesucht.

Die Stadtwerke seien geborene Kooperationspartner für die GSW.

Folgende Kooperationen wurden in den letzten Jahren geschlossen:

- 1998: Energiebeschaffung über Börsen (Marktzugang) durch Gründung der ehw
- 1999: Strategisches Ziel: Positionierung im regionalen Telekommunikationsmarkt durch Gründung HeLiNET
- 2005: Gründung Stadtwerkeverbund Hellweg-Lippe-Netz, Kooperation im Netzbereich, Pachtmodell mit regulatorischen Vorteilen

- 2005: Gründung der Stadtwerkeverbund Hellweg-Lippe-Netz-Service: IT-Betrieb und Unterstützung Marktkommunikation, fehlende Bereitschaft existierende Systeme aufzugeben
- 2005: Gründung Stadtwerke Energie Verbund, überregionaler Energievertrieb, Produkt „Kleiner Racker“
- Positionierung in der Wertschöpfungskette Erzeugung über Trianel und eigene Windparks, Trianel erneuerbare Energien,
- Trianel Windpark Borkum II

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit vs. Bäderdebatte

Herr Baudrexel referierte, dass die GSW wirtschaftlich und strategisch gut aufgestellt sei, um die Herausforderungen, die die tiefgreifenden Veränderungen in der Energiewirtschaft mit sich bringen, zu bestehen. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen habe das Unternehmen gute Ergebnisse erzielt.

Hierbei sei nicht nur ein solide 5-jährigen Planung mit Bestandsbädern zu erwähnen, sondern auch von einer guten Kundenbindung sowie verantwortungsbewussten Anteilseignern, die es der GSW ermöglichen strategische Investitionsentscheidungen zu treffen, um das Unternehmen zukunftsfest zu machen.

Die Verankerung liege im Konsortialrecht.

Motiv sei die Verantwortung für das Unternehmen und 185 Arbeitsplätze sowie

die Erhaltung der wirtschaftlichen Kraft, um das Unternehmen zukunfts- und investitionsfähig aufzustellen.

Herr Baudrexel war dem Aufsichtsrat und den Anteilseignern sehr dankbar, diesen Weg mitzugehen. Ökonomische Weitsicht und Verantwortung für das Unternehmen kollidierten an dieser Stelle mit einer politischen Debatte, um das Maß kommunaler Daseinsvorsorgeangebote.

Wirtschaftliche Notwendigkeiten prallten auf Partikularinteressen.

Das Unternehmen sei für die Zukunft gut aufgestellt, wenn es auch weiterhin die Möglichkeit habe, Entscheidungen mit ökonomischer Vernunft zu treffen. Die Bäderdebatte sei nicht geeignet, die grundsätzliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens in Frage zu stellen.

Das Unternehmen wolle auch weiterhin eine bedarfsorientierte Bäderlandschaft betreiben und für die Anteilseigner ein werthaltiges Beteiligungsunternehmen mit angemessenen Renditen sein. Ferner sei es auch Ziel den Kunden wettbewerbsfähige Energiepreise zu bieten und soziale, sportliche und kulturelle Zwecke zu fördern und zu unterstützen.

Dafür müsse die GSW die Ressourcen bündeln.

Hinweis auf interne Prozessherausforderungen der letzten Jahre:

Die Implementierung der Markttrollen (Verteilnetzbetreiber, Lieferant, Messstellenbetrieb (MSB)) bleibe eine Herausforderung, so der Geschäftsführer.

Herausforderung an die IT:

- Papierlose Marktkommunikation über Datenformate,
- Energiedatenmanagement (EDM)
- Bilanzierung und Abgleich der der physikalischen und virtuellen Welten unter Berücksichtigung von Lastgängen
- Monatliche Mehr-, Mindermengenabrechnung an jedem Zählpunkt

Anreizregulierung:

Da das Netz eine Monopolstellung habe, sei im Wege der sogenannten Anreizregulierung die Monopolrendite des Netzbetreibers festgelegt worden.

Auf der Grundlage einer sogenannten Erlösobergrenze werde das zulässige Netznutzungsentgelt festgelegt. Basis sei die kalkulatorische Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals. Für jede sogenannte Regulierungsperiode ermittle die Bundesnetzagentur risiko- und finanzadäquate Zinssätze. Die sich daraus ergebende Rendite sei

für das Unternehmen nur erreichbar, wenn ein Effizienzwert von 100 % erreicht würde.

Prognostisch werde in Zukunft die Rendite eher sinken. Die Bedeutung der Verteilnetze für die erneuerbaren Energien steige. 90 % des EEG-Stromes werde in Verteilnetze eingespeist.

Durch das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende komme es zu Einbauverpflichtungen intelligenter Messsysteme. Diese übermitteln im Viertelstundentakt die Daten an den Energieversorger. Hierdurch entstünden neue Geschäftsmodelle und damit auch neue Tarife. Ein wichtiger Punkt sei, dass die Kunden diese intelligenten Maßsysteme akzeptieren und auf die Arbeit und den Datenschutz der Stadtwerke vertrauen.

Engagement in Erneuerbare Energien:

Herr Baudrexel hob hervor, dass die GSW verstärkt auf erneuerbare Energien setze. So sei es durch die Beteiligung am Trianel Windpark Borkum, durch eigene Windräder in Süddeutschland, PV-Anlagen auf kommunalen Dächern, Beteiligung an TEE (Trianel Erneuerbare Energie {Onshore Windparks und Freiflächen PV-Anlagen}) möglich, heute schon 15.000 Haushalte mit Strom aus erneuerbaren Energien zu beliefern.

Eine Beteiligung an einem 2. Bauabschnitt im Windpark Borkum sei geplant.

Energiepreise:

Die GSW werde den Gaspreis zum 01. Januar 2017 voraussichtlich senken. Auch im Strombereich werde die GSW ihren Beschaffungsvorteil aufgrund gesunkener Strompreise in 2017 an die Kunden weitergeben. Aufgrund des hohen Umlagen- bzw. Staatsanteils, der voraussichtlich deutlich steigen werde, könne maximal der Strompreis stabil gehalten werden. Der Anteil der Beschaffungs- und Vertriebskosten läge bei lediglich 23 %.

Sonstiges:

Abschließend wies Herr Baudrexel darauf hin, dass die Gründung von Provision, eine gemeinsame IT-Gesellschaft mit dem SW Unna, in Planung sei, um Synergien aus der Tatsache desselben IT-Unternehmens zu generieren zum Vorteil für beide Stadtwerke.

Herr **Lipinski** bedankte sich bei Herrn Baudrexel für die äußerst interessanten Ausführungen.

Herr **Krause** sprach Herrn Baudrexel für die detaillierte Darstellung der Geschäftsmodelle und der wirtschaftlichen Situation der GSW seinen Dank aus.

Bei der weiteren Entwicklung von neuen Geschäftsideen wünsche er der GSW weiterhin eine glückliche Hand. Er betonte, dass die Bäderdiskussion nicht vor dem Hintergrund der momentanen tatsächlichen wirtschaftlichen Situation zu führen sei.

Herr **Heuchel** bedankte sich für die Ausführungen. Er habe einen tiefen Einblick in die Geschäftswelt der GSW erhalten. Er erkundigte sich, ob die früheren Prepaidzähler weiterhin zum Einsatz kommen werden.

Herr **Baudrexl** erläuterte, dass diese Technik veraltet sei, sicherlich aber mit den neuen, intelligenten Zählern in der Zukunft ein Prepaidtarif umsetzbar sei.

Frau **Dörlemann** erkundigte sich nach der Möglichkeit der regionalen Stromerzeugung durch Windkraft und nach Erdgastankstellen.

Durch dicht besiedelte Flächen, die Nähe zur Autobahn aber auch aus Naturschutzgründen stünden planungsrechtlich keine Flächen zur Verfügung, so Herr **Baudrexl**.

Er bestätigte weiterhin die Aussage von Frau Dörlemann, dass eine Betankung der mit Erdgas betriebenen Autos derzeit schwierig sei. Hintergrund sei ein Unfall beim Betanken eines Fahrzeuges, woraufhin ARAL und auch andere Anbieter die Erdgastankstellen geschlossen haben.

Er wies darauf hin, dass die GSW eine Tankstelle in Bergkamen betreibe. ARAL prüfe derzeit, ob sich die Tanksperre auf die Automarke VW reduzieren lasse.

Herr **Hupe** ergänzte, dass die Verwaltung derzeit prüfen lasse, inwieweit die Erstellung von Windkraftanlagen im Stadtgebiet möglich sei.

Herr **Ebbinghaus** wies daraufhin, dass es im Stadtgebiet zwar keine Windkraftanlagen gebe, aber Bio-Gasanlagen die ebenfalls zur Stromerzeugung genutzt werden.

Herr **Heidler** begrüßte die von Herrn Baudrexl beschriebene Kooperation mit anderen Städten sowie die für die Zukunft geplanten Projekte der GSW.

Herr **Baudrexl** berichtete über ein weiteres Projekt der GSW, das Energiedach.

Hierbei handele es sich um eine für den Kunden individuell ausgerichtete Photovoltaikanlage. Mit wenigen Informationen, die auf der Internetseite der GSW anzugeben seien, würde ein maßgeschneidertes Produkt erstellt, welches auf die persönlichen Gegebenheiten des jeweiligen Kunden angepasst sei.

Die erzeugte Energie sei selbst nutzbar und könne auch ins Netz eingespeist werden. Auch die Instandhaltung und Wartung der Anlage seien Bestandteil dieses Produktes.

Herr **Lipinski** bedankte sich und wünschte der GSW weiterhin eine glückliche Hand.

Zu TOP 3.

Sachstandsbericht der Verwaltung zur Winterwelt 2016

Frau **Peppmeier** berichtete über die Planungen zur Winterwelt 2016/2017. Die diesjährige Almhütte sei etwas kleiner als im Vorjahr und biete Platz für ca. 100 Personen. Zudem gebe es einen neuen Betreiber. Die Bühne sei in diesem Jahr etwas anders positioniert, so dass der Brunnen nicht verdeckt werde. Die Eisbahn bleibe an der altbewährten Stelle, so Frau Peppmeier. Das im letzten sehr gut angenommene Adventskino finde auch in diesem Jahr wieder statt. Ebenso die GSW-Stadtmeisterschaften im Eisstockschießen, die Antenne Unna Winterparty, der Hellweger Familientag, die Modenschau auf dem Eis und das Eröffnungsfeuerwerk.

Frau Peppmeier informierte, dass ein neuer Programmpunkt das für die 1. Januarwoche geplante ICE-Soccer-Turnier sei.

Abschließend berichtete sie, dass die eingegangenen Sponsorengelder bereits jetzt das Vorjahresniveau erreicht haben.

Herr **Krause** dankte Frau Peppmeier für die ausführlichen Informationen. Er sei erfreut, dass die Anregungen aus den Gremien und der Bürgerschaft in den Planungen zur Winterwelt berücksichtigt werden. Das ICE-Soccer-Turnier sah er als gelungene Ergänzung zum bisherigen Angebot. Er wünschte der kommenden Winterwelt gutes Gelingen.

Frau **Schaumann** erkundigte sich, ob die Möglichkeit bestünde weitere Beschicker für die Winterwelt zu akquirieren.

Frau **Peppmeier** antwortete, dass der Platz derzeit voll ausgelastet sei. Die Hinzunahme weiterer Beschicker würde zur Folge haben, dass die Sicherheitsanforderungen nicht mehr erfüllt werden.

Inwieweit und für welchen Zeitraum ein kleines Fahrgeschäft für Kinder auf dem Markt oder in unmittelbarer Nähe der Kamener Winterwelt platziert werden könne, werde geprüft.

Herr **Eisenhardt** bedankte sich für die Informationen und teilte mit, dass er sich wie in jedem Jahr auf die Winterwelt freue.

Bisher seien immer mehrjährige Pachtverträge abgeschlossen worden. Er erkundigte sich, wie damit in diesem Jahr umgegangen worden sei.

Frau **Peppmeier** teilte mit, dass Jahresverträge geschlossen worden seien mit der beiderseitigen Option diese um ein Jahr zu verlängern.

Frau **Dörlemann** fragte nach, ob es möglich sei die „Außenansicht“ der Winterwelt ansprechender zu gestalten.

Frau **Peppmeier** nahm die Anregung auf.

Herr **Lipinski** bedankte sich bei Frau Peppmeier und wünschte der Winterwelt einen guten Verlauf.

Frau Gerdes verlies um 17:45 Uhr den Sitzungssaal und nahm an der weiteren Beratung nicht teil.

Zu TOP 4.

Verlegung von Leerrohren in Verbindung mit Kanalmaßnahmen
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Eisenhardt** teilte mit, dass am 01.03.2016 von Frau Peppmeier ein Ausblick auf die Breitbandversorgung im Stadtgebiet Kamen gegeben worden sei. Hierbei sei von einem Breitbandkoordinator für den Kreis Unna und auch von geplanten Gesprächen mit Kooperationspartnern die Rede gewesen. Er bat die Verwaltung um einen Sachstandsbericht.

Frau **Peppmeier** informierte, dass der Antrag der CDU-Fraktion abzulehnen sei.

Grundsätzlich habe man sich darauf verständigt, dass nach dem Subsidiaritätsprinzip, der marktgetriebene Ausbau immer vorrangig sei. Das gelte auch für die so genannte passive Infrastruktur von Leerrohren. Auch die Förderkulisse sei im Übrigen darauf ausgerichtet. Die Stadt beabsichtige nicht, Eigentümer eines Leerrohrnetzes zu sein.

Deshalb informiere die Verwaltung bei geplanten Tiefbaumaßnahmen alle Versorgungsträger, die dann entscheiden könnten Leerrohre oder Breitbandkabel mitzuverlegen. So seien beispielsweise in der Derner Straße Leerrohre verlegt worden.

Ein Leerrohrkonzept, welches noch zusätzlich Geld kosten würde, sei somit nicht erforderlich.

Frau Peppmeier führte weiter aus, dass die Stadt im Frühjahr Fördergelder des Bundes für Beratungsleistungen zum Breitbandausbau beantragt habe. Der Antrag sei im Juli 2016 bewilligt worden.

Die Stadt habe nach Ausschreibung ein renommiertes Beratungsunternehmen beauftragt und es habe am gestrigen Tag ein Auftaktgespräch gegeben.

Zunächst werden ein Markterkundungsverfahren und eine aktuelle Erfassung der Ist-Situation durchgeführt. Hierbei würden u.a. auch Mitverlegungsmöglichkeiten von Leerrohren z.B. durch die kommunalen Versorgungsträger (GSW, SEK) betrachtet.

Herr **Lipinski** verwies auf die Ausführungen von Frau Peppmeier und schlug vor, den Antrag abzulehnen.

Herr **Eisenhardt** fragte nach, ob bei jeder Tiefbaumaßnahme eine Information an die Telekommunikationsanbieter verschickt würde.

Herr **Hupe** bejahte dies. Die entscheidende Frage sei aber, die Frage der Trägerschaft der Infrastruktur. Hier liege der Schwerpunkt im privatwirtschaftlichen und nicht im kommunalen Bereich.

Auf die Frage von Herrn **Fuhrmann** wer für die Bürger/Innen, zum Beispiel am Margaretenweg, der Ansprechpartner zum Thema Breitband sei, antwortete Frau **Peppmeier**, dass der Kontakt zum Telekommunikationsanbieter gesucht werden solle.

Herr **Hupe** wies daraufhin, dass die Entscheidung Leerrohre bei geplanten Tiefbaumaßnahmen zu verlegen allein von den Telekommunikationsanbietern getroffen werde.

Herrn **Helmken** war es unverständlich, dass nicht im Rahmen von Baumaßnahmen Leerrohre verlegt würden. Es mache keinen Sinn, die Straße im Nachhinein erneut aufzureißen.

Herr **Hupe** betonte nochmals, dass es die alleinige Entscheidung des Telekommunikationsanbieters sei, die Mitverlegungsmöglichkeiten im Rahmen einer Tiefbaumaßnahme zu nutzen. Vorleistungen seitens der Stadtverwaltung würden hier nicht in Betracht kommen.

Herr **Helmken** entgegnete, dass dies aber Investitionen in die Zukunft der Stadt Kamen wären.

Frau **Peppmeier** wies daraufhin, dass diese Infrastruktur nicht zum Nulltarif zu haben sei. Es sei mit Kosten von 5-10 €/m für eine Leerrohrverlegung zu rechnen. Dabei sei zum Zeitpunkt der Verlegung nicht sichergestellt, ob diese in der Zukunft tatsächlich genutzt würden und die Investitionen refinanziert würden.

Herr **Helmken** gab zu bedenken, dass der durch erneutes Aufreißen der Straßen entstehende unschöne „Flickenteppich“ durch die Nutzung der Mitverlegungsmöglichkeiten vermieden werden könne.

Herr **Hupe** wies auf infrastrukturechonende Verlegetechniken hin. Hier spräche man dann von „untiefer“ Verlegung, die nicht mehr in 80 cm Tiefe erfolgen müsste.

Herr **Krause** verwies auf die von der Verwaltung mitgeteilten Informationen zu dem Thema und schlug vor, den Antrag zurück zu ziehen.

Herr **Eisenhardt** erläuterte, dass er weiterhin die Erstellung eines Leerrohrkonzeptes als sinnvoll erachten würde. Es würde den Anschluss der Bürger/Innen an ein gut ausgebautes Breitbandnetz vereinfachen und die Stadt Kamen sowohl für den gewerblichen als auch für den privaten Bereich attraktivieren.

Der Antrag sei seitens der CDU-Fraktion darüber hinaus gestellt worden, um einen Sachstandsbericht zu erhalten.

Die CDU-Fraktion ziehe den Antrag zurück, da die Mitverlegungsmöglichkeiten im Rahmen der von Frau Peppmeier erläuterten Studie mit geprüft würden. Herr Eisenhardt gab den Hinweis, dass die Breitbandversorgung in Nordbögge wesentlich einfacher gewährleistet worden wäre, wenn bereits Leerrohre vorhanden gewesen wären.

Die Förderkulisse im Bereich Breitband sei sehr komplex, so Herr **Hupe**.

Frau **Peppmeier** bestätigte die Hinweise zur Förderkulisse. Vom Fördergeber werde bei Ausbauprojekten u.a. eine Versorgung von mindestens 50 MBit gefordert, wobei Voraussetzung für eine Förderung eine Unterversorgung von unter 30 MBit vorhanden sein müsse. Zur Einordnung der Versorgungslage wies sie darauf hin, dass in Kamen die Durchdringungsquote bei Bandbreiten bis 50 MBit nach einer Veröffentlichung der Landesregierung auf eine kleine Anfrage im Landtag 2015 immerhin bei 84 % liege.

Herr **Eisenhardt** gab zu Protokoll, dass ein ausgebautes Breitbandnetz die Lebensqualität der Stadt steigern würde und hält das Thema Breitband weiterhin für ein wichtiges Thema des Wirtschaftsausschusses, welches eine regelmäßige Berichterstattung erfordere.

Diese grundsätzliche Bedeutung sei unstrittig, so Frau **Peppmeier**.

Herr **Heidenreich** teilte mit, er habe gehört, dass die Telekom ihre passive Haltung im Bereich der lokalen Entwicklungsmöglichkeiten der Breitbandversorgung aufgeben würde.

Abschließend wies Frau **Peppmeier** auf das Digi-Netz-Gesetz hin, das voraussichtlich im Oktober verabschiedet werden solle. Ziel sei die Senkung der Kosten für den Auf- und Ausbau digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze. Darüber hinaus sollten aus der Verpflichtung, bei öffentlich finanzierten Bauarbeiten eine bedarfsgerechte Mitverlegung von Glasfaserkabeln sicherzustellen, weitere Synergien für den Ausbau digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze entstehen. Es solle eine zentrale Informationsstelle geschaffen werden, um die Netzinfrastruktur transparent zu machen. Auch unter diesem Gesichtspunkt sei eine kommunale Konzeption für Leerrohre nicht erforderlich.

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

5.1 Mitteilungen der Verwaltung

Vitale Innenstädte

Das Kölner Institut für Handelsforschung werde am 22.09.2016 und 24.09.2016 in der Zeit von 10-19 Uhr im Rahmen des Projektes Vitale Innenstädte eine Kundenbefragung durchführen, informierte Frau **Stracke-Hösche**.

Die Teilnahme an diesem Projekt, solle Aufschluss über die Besucherstruktur- und das Besucherverhalten geben.

Bundesweit nehmen 130 Städte an dem Projekt teil, davon allein in NRW 40.

In der Nähe seien es die Städte Soest, Werl, Arnsberg, Lippstadt und Beckum.

Das Auswertungspaket werde voraussichtlich im Frühjahr 2017 zur Verfügung stehen.

5.2 Anfragen

Herr **Eisenhardt** fragte an, ob der Verwaltung bekannt sei, dass bei Immobilienscout ein Neubau in der Nähe der A1 angeboten würde. Er erkundigt sich weiter, ob es sich dabei um das ehemalige Praktikergelände an der Henry-Everling-Straße handeln würde.

Herr **Huße** stellte fest, dass die Anfrage im Protokoll beantwortet würde. Er teilte weiter mit, dass die Kettler-Fläche seitens P3 erworben worden sei und dort der Neubau eines Logistikzentrums geplant sei.

Protokollnotiz:

Bei dem Grundstück handelt es sich um das ehemalige Winkelhardt-Grundstück.

gez. Lipinski
stv. Vorsitzender

gez. Watolla
Schriftführer